

SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/199

16. Oktober 1972

19. Oktober - Gipfel in Paris

Forderungen und Vorstellungen der europäischen
Sozialdemokraten

Seite 1 und 2 / 68 Zeilen

Gemeinsam für den Frieden

Ein Vertriebenen-Wort zum 19. November

Von Almar Reitzner

Präsidialmitglied der Seliger-Gesinnung sode-
tendentscher Sozialdemokraten

Seite 3 und 4 / 84 Zeilen

Gegen Verwilderung der Wahlsitten

Vor wessen Haß warnen Sie, Herr Bezel?

Seite 5 / 40 Zeilen

Die Sportler und die Politik

Gesellschaftspolitisches Engagement ist
keine "Sensation"

Von Dr. Adolf Müller-Emmert

Stellv. Vorsitzender des Sportbeirates
beim SPD-Parteivorstand

Seite 6 / 38 Zeilen

19. Oktober - Gipfel in Paris

Forderungen und Vorstellungen der europäischen Sozialdemokraten

Zwar beherrscht der Wahlkampf um den 7. Deutschen Bundestag die innenpolitische Szene, doch die Aufmerksamkeit der europäischen und der Weltöffentlichkeit gilt in dieser Woche dem europäischen Gipfeltreffen, das am Donnerstag in Paris stattfindet. Ursprünglich sollten zehn Staats- und Regierungschefs daran teilnehmen, doch durch das Ergebnis der Abstimmung in Norwegen, das eine Absage an die EWG brachte, fällt die Mitwirkung Oslos aus. Dies mindert nicht die Bedeutung einer Zusammenkunft europäischer Staatsmänner, die im Rahmen einer auf neun Mitglieder erweiterten Wirtschaftsgemeinschaft der europäischen Einigungsbewegung und einer vertieften Zusammenarbeit neue Impulse geben werden. Das Bewußtsein, doch in einem Boot zu sitzen, ist trotz allem vorhanden. Es zwingt die Partnerstaaten zu gemeinsamen Überlegungen, lassen sich doch die meisten Schwierigkeiten im eigenen Haus nicht mehr in nationalem Alleingang überwinden. So betrifft der Prozeß der schleichenden Geldentwertung alle europäische Industrienationen, und alle bemühen sich, darauf eine gemeinsame Antwort zu finden.

Es ist gut, daß am Vorabend dieser europäischen Gipfelkonferenz die sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaften ihre Auffassungen, wie die erweiterte EWG nach innen ausgestaltet werden und welche Rolle sie im weltpolitischen Getriebe übernehmen soll, klar dargelegt haben. An erster Stelle steht die Einsicht, daß die erweiterte EWG kein Selbstzweck sein darf; sie muß sich der Welt offenhalten, was die Politik der Entspannung gegenüber den Staaten des Ostblocks einbezieht. Hier zeichnen sich die ersten Anzeichen einer gemeinsamen Außenpolitik ab. Noch ist es lange nicht so weit, doch der Weg ist immerhin schon vorgezeichnet. Empfänger aller Wünsche, so der Ostblockstaaten, etwa nach erweiterter Handelsbeziehungen, ist ab 1. Januar nächsten Jahres die EWG in Brüssel. Sie ist für die Zukunft der Gesprächs- und Handelspartner; den einzelnen Mitgliedsstaaten bleibt da wenig Spielraum.

Die sozialdemokratischen Parteien Europas räumen nicht nur der Entwicklungshilfepolitik auf Weltenebene einen hohen Vorrang

ein, sie betonen auch mit besonderem Gewicht die Notwendigkeit einer Politik, die sich auf die Bereiche der Wirtschaft und der Währung, der Regionalisierung und des Umweltschutzes bezieht. Erforderlich ist eine auf Neuverteilung der Löhne und Einkommen, einschließlich der Einkommen aus freien Berufen und aus Vermögen ausgerichtete Politik, sowie die Gewährung der Vollbeschäftigung und Harmonisierung der sozialen Sicherheit über die bestehenden nationalen Grenzen hinaus. Das erfordert ein europäisches Sozialbudget, das unter Mitarbeit der Sozialpartner ausgearbeitet und angewandt wird. Regionalpolitik muß in diesem Zusammenhang in einem umfassenderen Sinne verstanden werden. Viele Regionen innerhalb der erweiterten EWG bedürfen der Förderung, um in etwa die gleichen Startbedingungen zu bekommen und gleichen Lebensstandard zu erreichen. Hier muß sich die europäische Solidarität bewähren, aber auch der Mut, Vorurteilen und Vorurteile zu überwinden.

Die sozialdemokratischen Parteien der EWG sehen sehr wohl, daß zwischen Wirtschafts- und Wahrungunion eine Parallelität besteht, daß das eine ohne das andere nicht fortentwickelt und gedeihen kann. Dazu bedarf es wiederum eines Funktionierens der Europäischen Gemeinschaft in Richtung einer Demokratisierung. Daran hapert es, und so manche Stationen sind hier noch zurückzulegen. Es gibt noch kein aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenes Europäisches Parlament, das auf die Zusammensetzung der Europäischen Kommission entscheidenden Einfluß hat und Kontrollfunktion ausübt. Die Kommission selbst untersteht dem Ministerrat, eine große Brde ist hier noch zu berspringen.

Die Vorstellungen der sozialdemokratischen Parteien der EWG, gewonnen aus der Einsicht gemeinsamer Verantwortung für Europa, mögen dazu beitragen, der bevorstehenden Gipfelkonferenz in Paris neue Horizonte zu eröffnen. Man kann sie nicht in den Bereich des Utopischen verweisen, sie bleiben auf der Tagesordnung einer sich noch zu formierenden europäischen Innenpolitik. (so/ex/16.10.1972/hgy)

Gemeinsam für den Frieden

Ein Vertriebenen-Wort zum 19. November

Von Almar Reitzner

Präsidentmitglied der Seliger-Gemeinde
sudetendeutscher Sozialdemokraten

Es gehört nach wie vor zu den Tatbeständen europäischer Politik, daß die Völker Europas die Teilung ihres Kontinents als unnatürlich empfinden. Sie ist ebenso eine Hinterlassenschaft Adolf Hitlers wie jene unerbittliche Konfrontation zwischen Ost und West, die stets die Gefahr eines neuen, in seinen Auswirkungen unvorstellbaren Krieges in sich barg. Jahrelang war die Lage in Europa durch Haß, Furcht, Mißtrauen und Spannungen gekennzeichnet.

Mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion hatte Konrad Adenauer einen bedeutsamen Beitrag zur Überwindung dieses gefährlichen Zustandes geleistet. Diesen Schritt folgte aber eine lange Periode der Stagnation und der ostpolitischen Abstinenz.

Dann kam Willy Brandt. Seiner Friedenspolitik, die er in der Großen Koalition bereits als Außenminister konzipiert hatte und die er dann als Kanzler der sozialliberalen Koalition zielstrebig und unbeirrt weiterentwickelte, wurde in aller Welt höchste Anerkennung zuteil. Auch hierzulande begann man einzusehen, daß der von ihm eingeschlagene Weg in optimaler Weise der Interessenlage des gesamten deutschen Volkes entspricht. Dies gilt insgeheim auch für die CDU/CSU, die durch ihre Stimmenthaltung bei der Ratifizierung der Ostverträge den Beweis nachreichte, daß ihre verbalen Attacken einer sachlichen Prüfung nicht standhalten konnten. In dieser Frage ist der Unterschied zwischen Union und SPD, zwischen Rainer Barzel und Willy Brandt vor allem im Grad der Aufrichtigkeit zu suchen.

Aus Gründen, die jedem Bürger unseres Landes wohl bekannt sind, ist der Bundestag aufgelöst worden. Am 19. November stehen auch die Heimatvertriebenen, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigten vor der Wahl, ihre Stimme für die Entscheidung abzugeben, ob unser Staat in den nächsten vier Jahren von Rainer Barzel oder Willy Brandt geführt wird. Willy Brandt war, ist und bleibt der Garant für unsere Sicherheit nach innen und außen, für soziale Gerechtigkeit und die Wahrung der kulturellen Errungenschaften des deutschen Ostens. Auf dem Boden des Godesberger Programms

der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wird er dafür sorgen, daß im Rahmen seiner Politik der Reformen auch den Vertriebenen, Flüchtlingen und Kriegssachgeschädigten ein Höchstmaß an Gerechtigkeit widerfährt. Unter seiner Führung ist innerhalb von drei Jahren mehr erreicht worden, als gemeinhin erwartet worden konnte:

Der Friede ist sicherer geworden.

Unser Land ist nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet, sondern auch politisch zu einem mitbestimmenden Faktor geworden.

Für die Menschen in Deutschland sind viele Erleichterungen geschaffen worden.

Mit den Vereinigten Staaten verbindet uns eine enge Freundschaft, von der UdSSR werden wir als gleichberechtigter Vertragspartner respektiert. Mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu China wurde eine Brücke zum größten Volk der Erde geschlagen.

In seinem Bericht zur Lage der Nation hatte Bundeskanzler Brandt u.a. ausgeführt:

"Bei den Bemühungen, für alle Betroffenen die Folgen der Teilung Deutschlands nach bestem Vermögen erträglich zu gestalten, denke ich auch heute besonders an die große Gruppe unserer Bevölkerung, die als Folge des Krieges vor 25 Jahren ihre alte Heimat verloren hat. Niemand sollte sich anmaßen, über jene abfällig zu urteilen, die auch heute noch über den Verlust ihrer Heimat im Osten Schmerz und Trauer empfinden. Sie tragen eine schwerere Last als viele andere Deutsche. Und gerade ihre Vertrauensmänner waren es, die schon vor 20 Jahren in der Charta von Stuttgart sich von Haß freigehalten und den Ausgleich mit den östlichen Nachbarn gesucht haben. Jene Charta war ein Dokument der Menschlichkeit und der Vernunft, das den Blick in die Zukunft richtete und den barbarischen Methoden der Vergangenheit eine deutliche Absage erteilte."

Diese anerkennenden Worte haben in der praktischen Politik ihren deutlichen Niederschlag gefunden. Gerade in den vergangenen drei Jahren wurden mit den Verbesserungen in der Lastenausgleichsgesetzgebung, der Gleichstellung der Flüchtlinge aus Mitteldeutschland mit den Vertriebenen, dem am 1. September 1972 wirksam gewordenen Ostbankerabwicklungsgesetz - das den Geschädigten 47 Millionen DM einbringt -, der fortlaufenden Förderung der kulturellen Einrichtungen und Bestrebungen sowie der unverminderten Unterstützung der Verbände seitens der Bundesregierung uneinleugbare Beweise der Solidarität mit den am härtesten getroffenen Opfern des Krieges erbracht.

Auch in dieser Zeit liest sich die Chronik der Ereignisse oftmals wie eine Aneinanderreihung von Gewaltakten, Ungerechtigkeiten und Haßausbrüchen. Anlässlich der Olympischen Spiele in München sind wir daran in besonders dramatischer und grausamer Weise erinnert worden. Es geht darum, unserem Volk ein Leben in Frieden und Freiheit zu sichern. Deshalb muß Willy Brandt Bundeskanzler bleiben.

(-/ex/16.10.1972/ks)

Gegen Verwilderung der Wahlsitten

Vor wessen Hass warnen Sie, Herr Barzel?

Rainer Barzel hat alle am Bundestagswahlkampf beteiligten Parteien und Politiker davor gewarnt, in diese Auseinandersetzung den Haß hineinzutragen. Über die Berechtigung dieses Appells kann es keinen Zweifel geben. Trotz der berechtigten Bitterkeit und Erbitterung, mit denen in diesem Kampf um die Mehrheit der Parlamentssitze gestritten wird, soll und darf niemand vergessen, daß es bei aller Schärfe der Aussagen doch nur um den Aufruf zur Ausübung des demokratischen Grundrechts der freien Stimmenabgabe geht.

Soweit gibt es also keine Meinungsverschiedenheit zwischen der SPD und dem CDU-Vorsitzenden. Die Crux beginnt aber bei der Adressierung des Barzel-Appells. In starrer Konsequenz der These der CDU-Wahlkampfleitung, daß die SPD, komme was da wolle, der Herd und die Ursache allen Übels ist, hat Dr. Barzel seinen Anti-Haß-Aufruf an die Sozialdemokraten gerichtet, denen er unterstellt, daß sie den Haß zum Feind des Wahlkampfes machen.

Diese Unterstellung schlägt auf den Urheber zurück. In den Bundestagswahlkampf 1972 ist der bössartige Haß erstmalig von der CSU hineingetragen worden, und niemand, so steht zu hoffen, sollte der Strauß-Partei auf diesem gefährlichen Wege Folge leisten. Das Zentralorgan der CSU, der "Bayernkurier", hat den SPD-Vorsitzenden und Bundeskanzler Willy Brandt aus einer Grundhaltung heraus angegriffen, die nur noch mit blindwütigen Haß bewertet werden kann.

Bis heute hat niemand gehört, daß sich Dr. Rainer Barzel von diesem Haßausbruch distanziert hätte. Gewiß, man weiß, daß nicht nur die "Bayernkurier"-Attacke, sondern auch viele andere Wahlkampf-Negative der CSU in weiten Teilen der CDU-Führung mit Ablehnung und Besorgnis registriert werden. Man weiß dort die Gefährlichkeit einer solchen Entwicklung nur zu gut einzuschätzen, und man weist unter sich eine Identifizierung mit solcher Haßausbrüchen weit von sich.

Aber nach außen schweigen sie wie immer, wenn es um Franz Josef Strauß geht. Dann solidarisieren sie sich mit den Wahlkampfmethoden der CSU, und dann solidarisieren sie sich auch mit dem Haß, der jetzt an ihnen wie Harz klebt. Schuld an der Verwilderung des Wahlkampfes sind nicht nur die Strauß', schuld sind auch die Barzels.

(cc/cc/16.10.1972/bcy)

+ + +

Die Sportler und die Politik

Gesellschaftspolitisches Engagement ist keine "Sensation"

Von Dr. Adolf Müller-Ermert

Stellv. Vorsitzender des Sportbeirates beim SPD-Parteivorstand

Als vor der Bundestagswahl 1969 Spitzensportler wie Heidi Rosendahl, Erhard Keller und Jürgen May sowie der ehemalige Sprinter Heinz Fütterer offen ihre Sympathie für die Politik der SPD bekundeten, war damit vor allem innerhalb der Sportorganisationen noch eine gewisse Sensationswirkung verbunden gewesen.

Drei Jahre später ist die Zahl der gesellschaftskritischen und politisch interessierten Spitzenathleten nicht nur größer sondern auch aktiver geworden.

Wenn eine Sportlerin wie Heidi Schüller als Medizinstudentin ihr politisches Interesse unter anderem so begründet: "Es ist völlig uninteressant, ob ich dabei Spitzensportlerin, Schauspielerin oder irgend etwas anderes bin. Wenn ich eine politische Auffassung habe und bereit bin, sie zu vertreten, und ich kann sie sachlich vertreten, dann sehe ich überhaupt keinen Hinderungsgrund, das auch kundzutun", so trifft diese Meinung genau den Kern für ein solches Handeln. Erwartet man auch nur das Gegenteil von den Spitzensportlern, kommt dies einer Einschränkung ihrer fundamentalen Rechte als Staatsbürger gleich.

Es würde jeder Logik widersprechen, von sportlich erfolgreichen Bürgern nur deshalb Zurückhaltung in politischen Fragen zu fordern, weil sie durch ihre Leistung im besonderen Blickwinkel der Öffentlichkeit stehen. Mit bemerkenswerter Klarheit haben sich eine Vielzahl dieser Sportlerinnen und Sportler gegen jene Bezeichnung gewehrt, die sie zu sogenannten "Wahllokomotiven" im Wahlkampf degradiert.

Bei einer solchen Einordnung werden nämlich auch solche Sportler übersehen, die ihr Interesse an der Gesellschaftspolitik durch die Mitarbeit in den Sportbeiräten oder anderen Gremien der im Bundestag vertretenen Parteien nachdrücklich unterstreichen.

Die SPD hat stets besonderen Wert auf die aktive Mitwirkung der Sportler an der Gestaltung einer gesellschaftsbezogenen Sportpolitik gelegt.

In Kürze wird der Sportbeirat der SPD diese Möglichkeit des aktiven Engagements erneut und nachdrücklich verdeutlichen.

(-/ex/16.10.1972/ks)

+ + +